

Gemeinsame Tagung
des ÖVP-Parlamentsklubs
und des Geschäftsführenden Vorstandes der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 7. und 8. Juli 2014 in Wien

Wachstum und Stabilität in Europa

Nach zwei Weltkriegen sind mit der europäischen Idee Frieden, Freiheit, Stabilität, Wohlstand und Sicherheit prägende Elemente und gemeinsame **Grundlage** für die Europäische Union geworden. Für die Bürger in Europa sind Verzicht auf militärische Gewalt, gemeinsam geschaffene, europaweite Institutionen zur einvernehmlichen Lösung von Meinungsverschiedenheiten, Konflikten und Streitfällen sowie die gewonnenen Freiheiten zur **Selbstverständlichkeit** geworden.

Das ist einerseits eine erfreuliche Entwicklung hin zur Normalität, birgt aber andererseits auch die Gefahr, dass das Selbstverständliche an Wert verliert. Allein die Zunahme europakritischer Stimmen und politischer Gruppen im Europäischen Parlament sollte uns Warnung und Ansporn sein, die europäische Idee immer wieder **mit Leben zu füllen**.

Nicht zuletzt die Staatsschuldenkrise einiger EU-Staaten sowie die zur Überwindung notwendigen, länderspezifischen Reformansätze und länderübergreifenden Maßnahmen zur **Stabilisierung des Euroraumes** haben uns vor Augen geführt, dass Stabilität und wirtschaftlicher Erfolg für die Bürger Europas einen überragenden Stellenwert haben. Instabilitäten im wirtschafts- und finanzpolitischen Gesamtsystem erleben die Bürger als Verlust an sozialer Sicherheit und Lebensqualität. Seinen Ausdruck findet dieser Verlust zumeist durch Arbeitslosigkeit.

Während wir bei der Stabilisierung des wirtschafts- und finanzpolitischen Gesamtsystems Europas auf einem guten Weg sind, empfinden viele Bürger Europas ihre Lage und ihr unmittelbares Umfeld noch immer als unsicher und instabil. **Reformen** werden als unbequem wahrgenommen. Dass sie die Basis für eine mittel- bis langfristig bessere Gesamtsituation bilden und damit auch das persönliche Umfeld eines jeden Bürgers stabilisieren, wird dabei häufig übersehen.

Der Erfolg nationaler und europäischer Stabilisierungs- und Reformanstrengungen ist von zentraler Bedeutung, um die **Bürger** insbesondere über Phasen empfundener Unsicherheiten hinweg **mitzunehmen**. Um dies im Interesse der

Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und der Bürger zu gewährleisten sind folgende Grundlinien zu beachten:

▫ **Regeln sind unbedingt einzuhalten!**

Die gemeinsam in der EU vereinbarten Stabilisierungsregelungen wie der Europäische Fiskalpakt und der verschärfte Stabilitäts- und Wachstumspakt sind von jedem Mitgliedstaat bzw. jedem Unterzeichnerstaat vollständig und strikt einzuhalten. Eine gemeinsame Währungspolitik muss durch eine koordinierte Wirtschafts- und Haushaltspolitik flankiert werden. Die nationalen Parlamente dürfen dabei im Sinne der Subsidiarität nicht in ihren Rechten geschwächt werden.

▫ **Strukturenreformen sind entscheidend für langfristigen Erfolg!**

Strukturelle Reformen sind die entscheidenden Grundlagen für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg sowohl der Europäischen Union insgesamt, als auch in jedem einzelnen Mitgliedstaat. Diese Reformen sichern Beschäftigung und Wohlstand für die Bürger. Jeder Mitgliedstaat trägt dabei selbst Verantwortung für die Situation im eigenen Land. Die notwendigen Strukturreformen müssen in Abstimmung mit der EU-Kommission und den anderen Mitgliedstaaten entwickelt sowie selbständig und zeitnah umgesetzt werden.

▫ **Die Verantwortung einzelner Mitgliedstaaten ist zu stärken!**

Insgesamt ist das Übernehmen von Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Situation im eigenen Land an erste Stelle zu setzen. Die Folgen von Aktivitäten oder Unterlassungen von wirtschafts-, finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen sollen nicht auf Andere abgewälzt werden. Denn dies würde zu einer deutlichen Schwächung der Stabilität des wirtschafts- und finanzpolitischen Gesamtsystems führen und keine nachhaltige Verbesserung der Situation der betroffenen Bürger herbeiführen. Darüber hinaus steht zu befürchten, dass die Akzeptanz von Hilfsmaßnahmen durch die Bürger in anderen Staaten erheblich beeinträchtigt würde.

▫ **Stärkung der relativen Wettbewerbsfähigkeit ist notwendig!**

Strukturelle Reformen sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Stärkung der relativen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und damit der Europäischen Union bzw. der Euro-Zone insgesamt. Zwar wird ein nicht unerheblicher Teil des Außenhandels der einzelnen Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union bzw. der Euro-Zone abgewickelt, jedoch sind für die Gesamtsituation auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Wirtschaftszentren wie den USA bzw. Nordamerika, China, Japan oder zu den unterschiedlichen Schwellenländern von entscheidender Bedeutung.

Bislang trägt die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Leistungsbilanzüberschuss maßgeblich dazu bei, dass die Euro-Zone insgesamt eine halb-

wegs ausgeglichene Position zum Rest der Welt aufweist. Dies ist kein Zustand, der auf Dauer angelegt ist, sondern Ausdruck einer momentan hohen relativen Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten, in die wiederum erhebliche Vorleistungen aus anderen Euro-Partnerländern einfließen. Das muss weiter verfestigt werden, um die europäische Wertschöpfungskette zum Wohle aller Euro-Mitgliedstaaten auszubauen.

Wenn Europa auch in Zukunft einen wichtigen Platz in der Welt einnehmen will, muss jeder Mitgliedstaat seinen Beitrag dazu schon heute verantwortungsvoll leisten und seine nationale Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich verbessern.

- **Strukturreformen als Mittel zur Überwindung sozialer Spannungen!**
Von besonderer Bedeutung in der öffentlichen Wahrnehmung ist die hohe Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit hat sich durch die Staatsschuldenkrise enorm verschärft. Jedoch hat sie ihre Ursache nicht in den Stabilisierungsmaßnahmen, sondern in strukturellen Defiziten. Notwendig sind daher neue Ansätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, nicht zuletzt auch durch Reformen. Die betroffenen Länder werden ermuntert, die vom Europäischen Sozialfonds bereitgestellten Finanzmittel abzurufen und zielgerichtet einzusetzen.

Die heutigen Jugendlichen sind diejenigen, die morgen den europäischen Gedanken positiv weitertragen und entwickeln sollen. Sie brauchen dafür eine Perspektive. Eine Möglichkeit kann beispielsweise auch eine Ausbildung in anderen EU-Staaten sein. Mobilitätshemmnisse und -barrieren sind daher in alle Richtungen abzubauen. Eine weitere Möglichkeit, eine glaubwürdige Perspektive in den betroffenen Staaten selbst zu entwickeln, ist die Förderung von Selbständigkeit und Selbstverantwortung der Betroffenen vor Ort.

Eine mittelstandsbezogene Gründungs- und Wirtschaftspolitik trägt zu einer ausgewogenen, gesunden Wirtschaftsstruktur bei, sichert einen hohen Beschäftigungsstand und führt im Ergebnis auch zu einer besseren finanziellen Situation der öffentlichen Hand. Hier können alle Mitgliedstaaten etwa über best-practice-Beispiele voneinander lernen.

- **Geldpolitik ersetzt keine Strukturpolitik!**
Die koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten muss begleitet werden von einer ausgewogenen Geldpolitik. Für den Euro-Raum erfolgt dies durch die unabhängige EZB, die allein ihrem Mandat und damit ausschließlich der Geldwertstabilität im gesamten Euro-Raum verpflichtet ist.

Die EZB hat in den vergangenen Jahren erheblich zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise mit beigetragen. So wurde die Kreditversorgung von

Wirtschaft und Verbrauchern insgesamt gesichert. Das internationale Vertrauen in den Euro wurde wieder hergestellt. Insgesamt konnte die EZB einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass der Euro nach außen und innen stabil ist, auch durch aktuell sehr niedrige Inflationsraten.

Die EZB hat innerhalb ihres Mandats ausschließlich eine Geldpolitik für den gesamten Euro-Raum umzusetzen und darf sich nicht allein an den Gegebenheiten einzelner Mitgliedstaaten orientieren. Eine zu lockere Geldpolitik kann auf Dauer keine wirkliche Strukturpolitik in den Mitgliedstaaten ersetzen, sondern führt im Ergebnis zu höheren öffentlichen Gesamtschulden und einer Gefährdung der Schuldentragfähigkeit. Das kann zur weiteren Verschleppung notwendiger Strukturreformen und neuen Gefahren für die Finanzstabilität der betroffenen Länder führen. Grundsätzlich gilt: Eine erfolgreiche Stabilitätspolitik der Mitgliedstaaten schafft erst die Grundlage dafür, dass die EZB ihre Politik der Geldwertstabilität verfolgen kann.

Wirtschaftlicher Erfolg und Stabilität gehören für Europa zusammen und sind zwei Seiten derselben Medaille. Eine anreizkompatible, glaubwürdige und **stabile Finanz- und Haushaltspolitik** ist wesentliche **Grundlage für** realwirtschaftliches **Wachstum, Beschäftigung** und **Wohlstand**. Dazu gehört auch die finanzielle **Stabilität** der jeweiligen **Sozialsysteme**, damit die Bürger trotz vorübergehender Schwierigkeiten das Vertrauen in die notwendigen Reformen nicht verlieren. Umgekehrt ist ein hinreichendes Wachstum eine wichtige Grundlage für dauerhafte Stabilität. Dies muss durch **klare Regeln** gewährleistet werden, die nicht bei jeder Gelegenheit in Frage gestellt werden dürfen.

Europa muss in seiner Finanz-, Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik **glaubwürdig bleiben**. Damit gestalten wir die Zukunft erfolgreich und zum Wohle aller Bürger.

Wien, 7. Juli 2014